

P R O T O K O L L

der öffentlichen Ausschusssitzung Umweltschutz und Verkehr

DATUM	BEGINN	ENDE	SITZUNGSORT
31.10.2011	18.00 Uhr	20.45 Uhr	Ortsamt Horn-Lehe, Sitzungssaal

TEILNEHMER

ORTSAMT : OAL W. Ahrens, Vorsitzender
U. Lütjens, Protokollführer

BEIRAT/AUSSCHÜSSE : siehe anliegende Liste

GÄSTE : Herr Bippus, Polizeirevier Horn
Frau Kuder, Amt für Straßen und Verkehr

TAGESORDNUNG:

1. Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung, Genehmigung eines Protokolls
2. Verpflichtung von Ausschussmitgliedern (sachkundige Bürger)
3. Verkehrsberuhigung Kopernikusstraße/Franklinstraße
4. Jan-Reiners-Weg – Vorfahrt für Radfahrer an den Querungen Am Lehester Deich und Vorstraße?
5. Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder wurden mit Schreiben vom 14.10.2011 zur Sitzung eingeladen.

Zu TOP 1: Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung, Genehmigung eines Protokolls

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen, das Protokoll der Sitzung am 12.09.2011 wird ohne Änderung genehmigt.

Zu TOP 2: Verpflichtung von Ausschussmitgliedern (sachkundige Bürger)

Herr Ahrens verpflichtet Herrn Thomas Hanke als sachkundigen Bürger gemäß § 21 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter vom 02.02.2010.

Zu TOP 3: Verkehrsberuhigung Kopernikusstraße/Franklinstraße

Ausgangspunkt des Themas war, dass sich der Anwohner Herr Kaiser als Sprecher einer Bürgerinitiative im April 2011 an das Ortsamt gewandt und die Verkehrssituation in der Kopernikusstraße und der Franklinstraße moniert hatte. Die Beschwerde zielte einerseits auf das Tempo der passierenden Autofahrer – sowohl im 30 km/h- als auch im 50km/h-Bereich – als auch auf die Verkehrsfrequenz und die daraus resultierende Lärmbelastung ab. In der Folge hat das Ortsamt Verkehrsmessungen in der Kopernikusstraße vorgenommen und ausgewertet. Dies hat dazu geführt, dass der Beirat in seiner Sitzung am 08.09.2011 einstimmig den Beschluss gefasst hat, die Initiative in ihrer Forderung nach einer durchgängigen Tempo-30-Zone in der Kopernikusstraße zu unterstützen und verschiedene Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung prüfen zu lassen.

Für die Franklinstraße geht das Betreiben dagegen dahin, diese nach Möglichkeit in eine Sackgasse umzuwandeln, um Schleichverkehr in die Straße Am Lehester Deich zu unterbinden. Dazu hat Herr Kaiser unter den Anwohnern eine Befragung durchgeführt, die zum Ergebnis hatte, dass

die überwiegende Mehrheit einer solchen Maßnahme zustimmen würde. Des Weiteren wäre eine große Mehrheit bereit, sich in einem bestimmten Umfang an den Kosten zu beteiligen.

Dazu erklärt Frau Kuder, dass es grundsätzlich möglich wäre, die Franklinstraße an einer Seite zu sperren. Allerdings würde die Behörde grundsätzlich kein Geld von Bürgern annehmen, da bei einem entsprechenden Erfordernis das ASV unabhängig von monetären Erwägungen tätig werden muss. Aufgrund des oben genannten Antrags wird jetzt zunächst ein Gesamtüberblick der Situation erarbeitet. Dies wird unter anderem durch Inaugenscheinnahme durch die Straßenerhalter und durch Anhörung beteiligter Akteure wie der BASG erreicht. Da für diesen Bereich keine archivierten Daten bestehen, wird zudem eine Verkehrserhebung durchgeführt werden, um die Einschätzungen auf belastbaren Daten fußen zu lassen. Dafür stellt das ASV 4.000 Euro zur Verfügung. Für diese Erhebung werden an einem Tag jeweils vier Stunden am Morgen/frühen Vormittag sowie am Nachmittag/frühen Abend die Verkehrsströme analysiert. Zudem wird auch der ruhende Verkehr in die Betrachtung mit einbezogen, um diesen unter Umständen durch bestimmte Arten der Parkanordnung zur Unterstützung der Verkehrsberuhigung zu nutzen. Ursprünglich angedacht war die Maßnahme für Mitte November. Da allerdings aufgrund der Kanalsanierung Am Lehester Deich die Messergebnisse verfälscht würden, wird die Durchführung in den Dezember nach Fertigstellung der Bauarbeiten verlegt. Nach Auswertung der Messungen wird ein Vertreter der beauftragten Projektgesellschaft die Ergebnisse im Beirat vorstellen und erläutern.

Herr Kaiser erklärt, dass es sich seiner Einschätzung nach bis auf punktuelle Ausnahmen bei dem fraglichen Areal um ein Wohngebiet handelt. Da seine privaten Messungen eine starke Belastung aufgezeigt haben, hätte er sich einen sofortigen Einstieg in verkehrsberuhigende Maßnahmen gewünscht. Dazu sagt Frau Kuder, dass sie bei aller Wertschätzung für die privaten Messungen dazu angehalten ist, als Grundlage behördlichen Handelns eine offizielle Begutachtung heranzuziehen. Gleichwohl hat sie die Tendenz der von Herrn Kaiser erstellten Messungen wahrgenommen.

Vonseiten der Ausschussmitglieder wird großes Verständnis für die Anliegen der Anwohnerinitiative geäußert. Die Appelle gehen einerseits in die Richtung, die Hürden für mögliche Maßnahmen nicht zu hoch zu hängen und neben dem geforderten durchgängigen Tempo-30-Bereich auch andere Instrumente wie etwa eine veränderte Parkordnung in Betracht zu ziehen. Andererseits wird auch dazu aufgerufen, keine Schlussfolgerungen vorwegzunehmen und diese erst auf Grundlage der zu erhebenden Daten zu fällen. Auch sind die weitergehenden Auswirkungen über den unmittelbaren Bereich hinaus dabei in Betracht zu ziehen.

Abschließend wird vereinbart, dass sich Herr Ahrens nach Eingang der Auswertung und der Stellungnahme zur Verkehrserhebung erneut an die Vertreter der Anwohnerinitiative wenden wird und die daraus resultierenden Schritte in der nächsten Sitzung des Ausschusses diskutiert werden.

Zu TOP 4: Jan-Reiners-Weg – Vorfahrt für Radfahrer an den Querungen Am Lehester Deich und Vorstraße?

Grundlage der heutigen Behandlung ist ein entsprechender Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der im Rahmen der Beiratssitzung am 10.10.2011 in den Ausschuss Umweltschutz und Verkehr überwiesen wurde. Dieser hat die Zielsetzung, den Fahrradweg an den genannten Querungen durch eine rote Fahrbahnmarkierung und eine entsprechende Beschilderung als vorfahrtsberechtigt auszuweisen. Im Beirat war vereinbart worden, die Prüfung zunächst auf die Querung Am Lehesterdeich zu fokussieren. Seitens der Grünen war argumentiert worden, dass der Beirat Borgfeld bereits entsprechende Regelungen für den Jan-Reiners-Weg auf Höhe Borgfelder Deich und Hamfhofsweg beschlossen hat und der Antrag für Horn-Lehe dessen Fortsetzung bedeuten würde. Insofern ginge es um Sicherungsmaßnahmen für eine Hauptadverkehrsroute. Zudem soll damit eine andere Denkweise im Sinne eines Paradigmenwechsels

signalisiert werden, dass Fahrradfahrer und Fußgänger gegenüber dem Autoverkehr gleichberechtigt sind.

Vonseiten der CDU-Fraktion werden dahin gehend Bedenken geäußert, dass sich bei einer solchen Regelung die Radfahrer in einer trügerischen Sicherheit wiegen würden und dies eher zu Unfällen an dieser bisher unproblematischen Stelle führen könnte. Zudem stellt sich die Frage, ob die Kosten für die bauliche Umsetzung der Maßnahme im Verhältnis zu deren Nutzen stehen. Besser wäre das Geld für den Ausbau des Radweges parallel zur Achterstraße angelegt.

Die SPD-Fraktion bekundet zwar generelle Sympathie für das Thema Verkehrsberuhigung, sieht aber die hier vorgestellte Idee kritisch.

Ein im Publikum anwesender Vertreter des ADFC erklärt, dass der ADFC eine durchgängige Vorfahrtsregelung aus einem Guss für den ganzen Jan-Reiners-Weg befürwortet. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Stadt Hannover, in der bereits seit 1985 ähnliche Regelungen als „Import“ aus Holland praktiziert werden. Dort habe sich gezeigt, dass in den meisten Fällen eine rote Fahrbahnmarkierung in Verbindung mit dem Schild „Vorfahrt beachten“ ausreicht und nur in Einzelfällen ein Stoppschild hinzugezogen wird. Zudem wird im Bremen bereits im Grünzug West eine entsprechende Bevorrechtigung praktiziert.

Dazu erklärt Frau Kuder, dass eine Bevorrechtigung in der genannten Form nicht durch verkehrsbehördliche Mittel herbeigeführt werden kann, sondern dafür zwingend eine Aufpflasterung vonnöten wäre. Sie widerspricht der Einschätzung, dass an dieser Stelle rechts vor links gelte. Vielmehr gelte aufgrund der baulichen Situation an dieser Stelle mit einem durchgängigen, abgesenkten Bordstein, dass die Fahrradfahrer die Vorfahrt gegenüber dem Verkehr Am Lehester achten müssten. Nach Einschätzung von Frau Kuder würde eine Sondersituation an dieser Stelle dem Grundsatz der Stetigkeit widersprechen. Generell gilt, dass jede Kreuzung als Einzelfall zu bewerten ist, da die jeweils vorherrschenden Gegebenheiten bei der Einschätzung in Betracht gezogen werden müssen.

Derzeit werden im ASV die infrage stehenden Einmündungen des Jan-Reiners-Weges geprüft und beplant. Zudem wurde eine Mitarbeiterin damit beauftragt, eine für diesen Zweck praktikable bauliche Lösung zu entwerfen.

Herr Bippus schließt sich auf Nachfrage der von Herrn Schröder im Rahmen der letzten Beiratsitzung getätigten Aussage an, wonach aus polizeilicher Sicht die bestehende Regelung als die sicherere gesehen wird.

Herr Koppel wirft im Zuge der Diskussion die Frage auf, ob sich die anderen Fraktionen einem abgeänderten Antrag anschließen können, der als Tenor einen Prüfauftrag für eine Gesamtregelung der Radquerungen des Jan-Reiners-Weges durch SUBV hat. Dies wird seitens der anderen Fraktionen nicht signalisiert, woraufhin Herr Koppel den ursprünglichen Antrag zurückzieht.

In der Folge wird darüber abgestimmt, ob der Ausschuss nach Rücknahme des Antrags ein Votum über die Frage einer Vorfahrt für Radfahrer an den Querungen Am Lehester Deich und Vorstraße fassen soll. Dies wird bei vier Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich beschlossen.

Anschließend wird über die Frage einer Vorfahrt für Radfahrer an den Querungen Am Lehester Deich und Vorstraße an sich abgestimmt. Dies wird bei zwei Ja-Stimmen und fünf Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Zu TOP 5: Verschiedenes

- Frau Riemer stellt die Überlegung zur Diskussion, den im Rahmen der letzten Beiratsitzung gefassten Beschluss zu einem Verkehrskonzept um einen weiteren Aspekt in der Hinsicht zu ergänzen, dass in Form eines Gutachtens alle potenziellen Verkehrsberuhigungen von Wohnstraßen im Quartier auf ihre Konsequenzen für das Umfeld hin untersucht werden. Das wird zwar von den anderen Ausschussmitgliedern als ehernes Ansinnen anerkannt, jedoch nicht befürwortet. Dies vornehmlich, da es einerseits einen

großen finanziellen Aufwand bedeutete und andererseits sich die Praxis mit der individuellen Beschäftigung separater Aspekte bewährt hat.

- Frau Otten, Anwohnerin Am Rüten, beklagt, dass im hinteren Bereich der Straße auf Höhe des Menkeparks Radfahrer häufig von Autofahrern drangsaliert würden. Sie möchte wissen, ob man die Situation durch Einrichtung einer Fahrradstraße entzerren kann. Dazu erklärt Frau Kuder, dass das wesentliche Kriterium dafür ist, dass das Fahrrad die vorherrschende Verkehrsart sein muss. Selbst wenn dies am genannten Teil des Rütens der Fall wäre, würde diese Regelung keinen erkennbaren Vorteil bringen. Vielmehr ist bei der geschilderten Situation wie häufig das zentrale Problem das individuelle Fehlverhalten. Jedoch sagt Herr Bippus zu, den Bereich im Rahmen der bekannten, schwierigen Personalsituation der Polizei im Blick zu behalten.
- Wolfgang Kraus, Anwohner der Justus-Liebig-Straße, berichtet, dass in der Kurve der Robert-Bunsen-Straße vor der Justus-Liebig-Straße problematische Sichtverhältnisse bestehen, da unter den parkenden Autos häufig Transporter vom Typ Sprinter vorhanden sind. Er wirft vor diesem Hintergrund die Frage auf, ob im Kurvenbereich ein beidseitiges Halteverbot eingerichtet werden kann. Dies ist laut den anwesenden Fachleuten nicht ohne weiteres möglich. Allerdings sagt Herr Bippus zu, die Halter der Sprinter seitens der Polizei anzusprechen, ob diese auf ein Parken im Kurvenbereich verzichten können.

gez. Ahrens
Vorsitzender

gez. Quaß
Ausschusssprecher

gez. Lütjens
Protokollführer